

# ■ DER JOURNALIST ALS DISKURSANWALT. KOMMUNIKATIONS-ETHISCHE ÜBERLEGUNGEN FÜR JOURNALISTISCHES HANDELN IN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFTEN

von Roland Burkart

## **Inhalt**

1. Öffentlichkeit und Demokratie
2. Kommunikation und Verständigung
3. Diskursiver Journalismus: Aspekte einer Kommunikationsethik für journalistisches Handeln
4. Fazit: Eine Kommunikationsethik für journalistisches Handeln

**Zusammenfassung:** Eine zentrale Aufgabe von Medien in Demokratien besteht darin, Öffentlichkeit für Politik herzustellen. In diesem Beitrag wird, ausgehend von der Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas, eine kommunikations-ethische Perspektive für Journalisten diskutiert. Dabei wird der Journalist zum Anwalt im öffentlichen Diskurs erhoben, der stellvertretend für das interessierte Publikum das Handeln der politischen Akteure kritisch hinterfragt.

**Schlagwörter:** Demokratie, Journalismus, Berufsethik, Kommunikationsethik, Diskurs, Jürgen Habermas, Geltungsansprüche, Zweifel

## **JOURNALISTS AS DISCOURSE ADVOCATES: ETHICAL ASPECTS OF PROFESSIONAL JOURNALISTIC BEHAVIOUR IN A DEMOCRATIC SOCIETY**

**Abstract:** A central function of mass media in democracies is to make political processes public. In this paper, starting from the theory of communicative action by Jürgen Habermas, a communication ethical perspective for journalists is discussed. Based on this theory, the journalist is seen as a lawyer in the public discourse. As a lawyer he should – on behalf of the interested public – question critically the actions of politicians.

**Keywords:** Democracy, journalism, professional ethics, communication ethics, discourse, Jürgen Habermas, validity claims, doubts

## 1. Öffentlichkeit und Demokratie

Demokratie braucht Öffentlichkeit. In demokratisch organisierten Gesellschaften „sollen politische Handlungen weitestgehend öffentlich erfolgen, also für alle Gesellschaftsmitglieder transparent und nachvollziehbar sein“ (Jarren/Donges 2006: 97). Öffentlichkeit entsteht durch Kommunikation. Politik ist ohne Kommunikation über Politik nicht mehr denkbar und Kommunikation über Politik ist zugleich selbst Politik. Medien nehmen längst eine zentrale Rolle im demokratischen Prozess ein (Schönbach 2002): In einer „Mediengesellschaft“ (Imhof 2006, Saxer 2012) ist Kommunikation ein unabdingbarer Faktor von Politik und Publizität eine zentrale Voraussetzung für das Herstellen von Öffentlichkeit (Saxer ebd.: 177ff.) bzw. die Mobilisierung eines öffentlichen Diskurses. Die Kommunikatoren, die den öffentlichen politischen Diskurs prägen, befinden sich sowohl in den politischen Parteien als auch in den Massenmedien. Besonders in Wahlkampfzeiten herrscht kommunikative Hochspannung, die auf beiden Seiten vom Bemühen um öffentliche Präsenz und Profilierung gespeist wird. Wahlkampfkommunikation ist Konfliktkommunikation. Gerade deshalb eignen sich diese herausragenden Phasen politischer Kommunikation vorzüglich zum Studium der öffentlichen Diskursqualität.

Der vorliegende Beitrag stützt sich auf Überlegungen, die im Rahmen eines empirischen Forschungsprojektes zur Wahlkampfkommunikation entwickelt worden sind<sup>1</sup>. Untersucht wurden die Pressemitteilungen der (jeweils im Österreichischen Nationalrat vertretenen) politischen Parteien und die Berichterstattung ausgewählter österreichischer Tageszeitungen über vier Jahrzehnte hinweg (1970, 1983, 1999 und 2008), jeweils drei Wochen vor dem Wahltag. Erkenntnisleitendes Interesse war die Frage nach der demokratisch relevanten Qualität dieser Kommunikationsprozesse.

In der Folge geht es jedoch nicht um die Darstellung von empirischen Ergebnissen. Es soll vielmehr gezeigt werden, wie die öffentliche Diskursqualität beurteilt werden kann und welche kommunikationsethischen Ansprüche sich daraus für journalistisches Handeln ableiten lassen.

## 2. Kommunikation und Verständigung

Um die Qualität des öffentlichen Diskurses beurteilen zu können, kann man zunächst Anleihe bei den fundamentalen Einsichten in den Kommunikationsprozess nehmen, wie sie Jürgen Habermas im Rahmen seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1981) elaboriert hat. Habermas

identifiziert dort ganz elementare („universale“) Voraussetzungen für Verständigung, deren Gültigkeit zwei miteinander kommunizierende Partner wechselseitig anerkennen müssen.

## **2.1. Geltungsansprüche**

Es sind dies: Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit. Damit Verständigung zustande kommen kann, müssen beide Kommunikationspartner voneinander annehmen, dass sie

- die Regeln der gemeinsamen Sprache beherrschen (also: sich „verständlich“ ausdrücken können);
- Aussagen über Sachverhalte (Personen, Gegenstände, Ideen etc.) machen, deren Existenz auch der jeweils Andere anerkennt bzw. für „wahr“ hält;
- ihre tatsächlichen Absichten zum Ausdruck bringen (also unterstellen, dass ihr Gegenüber wahrhaftig kommuniziert, keine Täuschungsabsicht verfolgt und somit „vertrauenswürdig“ ist) und sie müssen davon ausgehen, dass sie
- mit ihren Interessen, Absichten und/oder Handlungen die jeweils geltenden Werte und Normen nicht verletzen. Sie müssen also unterstellen, dass sie ihre Interessen „richtigerweise“ vertreten und daher korrekt und angemessen (jeweils regelkonform) handeln. Nur dann kann ihr Tun auch für andere akzeptabel sein bzw. als „legitim“ begriffen werden.<sup>2</sup>

Ziel des Verständigungsprozesses ist die Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen den beiden Kommunikationspartnern. Mit diesem „Einverständnis“ ist *nicht(!)* die Akzeptanz einer Person, einer Idee, die Zustimmung zu einer Sache oder zu einer gesetzten Aktion gemeint. Dieses Einverständnis bezieht sich ausschließlich auf das wechselseitige Verstehen, geteilte Wissen, beiderseitige Vertrauen und auf die wechselseitige Akzeptanz (Richtigkeit bzw. Legitimität) der jeweils beanspruchten Werte und Normen. Es bezieht sich demnach „nur“ auf die in den Geltungsansprüchen enthaltenen kommunikativen Voraussetzungen von Verständigung (vgl. Habermas 1981: 412ff.), also auf den in diesem Sinn „ungestörten“ Ablauf von Kommunikation.

## **2.2. Diskurs**

Für den kommunikativen Alltag sind solche ungestörten Verständigungsprozesse jedoch nicht typisch. Ganz im Gegenteil: Man gerät häufig in Si-

tuationen, in denen der Verständigungsprozess gestört ist, weil zumindest einer dieser vier Geltungsansprüche angezweifelt wird. Es besteht allerdings die Chance, ein solches Verständigungsdefizit wieder auszugleichen, indem man den laufenden Kommunikationsprozess unterbricht und diesen (auf einer metakommunikativen Ebene) selbst zum Gegenstand von Kommunikation macht. Habermas unterscheidet deshalb zwischen „kommunikativem Handeln“ und „Diskurs“.

Während man beim kommunikativen Handeln die Geltung der erwähnten Ansprüche unhinterfragt (naiv) unterstellt, geschieht genau dies im Diskurs nicht: Die Geltungsansprüche werden selbst Thema von Kommunikation. Der Diskurs setzt ein, wenn gestörte Kommunikation „repariert“ werden soll, d.h. wenn man versucht, ein problematisiertes Einverständnis (hinsichtlich eines oder mehrerer Geltungsansprüche) durch argumentative Begründung wiederherzustellen. Ein Diskurs soll „überzeugende Argumente [produzieren R.B.], mit denen Geltungsansprüche eingelöst oder zurückgewiesen werden können“ (Habermas 1981/I: 48)<sup>3</sup>.

Der Habermas'sche Diskurs-Begriff impliziert also, dass alle involvierten Teilnehmer die Gelegenheit haben, die Verständlichkeit der Aussagen, die Wahrheit der Behauptungen, die Wahrhaftigkeit der Äußerungen und die Richtigkeit der Interessen anzweifeln zu können. Und er impliziert weiter, dass plausible Antworten gegeben werden müssen, denn nur dann kann der Kommunikationsprozess wieder fortgesetzt werden. Diskurse dieser Art können – wenn überhaupt – dann nur in kleinen, überschaubaren Gruppen, also im Rahmen interpersonaler Kommunikation stattfinden. – Dennoch setzen genau an dieser Stelle die kommunikationsethischen Überlegungen für den Journalismus an.

### **3. Diskursiver Journalismus: Aspekte einer Kommunikationsethik für journalistisches Handeln**

Man kann den Journalismus nämlich dann als diskursives Unternehmen modellieren, wenn man die (traditionellen) Bilder vom „Gesprächsanwalt“ (Glotz/Langenbucher 1969) und vom „Wortführer der sprachlosen Massen“ (Ronneberger 1974) ernst nimmt und ihn als Stellvertreter begreift, der anstelle von jedermann in den Diskurs mit jenen eintritt, die um Vertrauen und Zustimmung einer Gruppe (oder der gesamten Bevölkerung) werben. Analog zum Gesprächsanwalt könnte man daher in diesem Sinn vom Journalisten als „Diskursanwalt“ (Burkart 1998: 170) sprechen.

### 3.1. Zweifeln als kommunikationsethischer Anspruch

„Diskursiver Journalismus“<sup>4</sup> verweist auf ein deliberativ-demokratisches Rollenverständnis von Journalisten. Aufgrund des in modernen Großgesellschaften strukturell bedingten „Mangels“ an unmittelbaren kommunikativen Kontakten zwischen Staatsbürgern und öffentlichen Entscheidungsträgern kommt den Journalisten eine wichtige Stellvertreter-Rolle zu: Im diskursethischen Sinn sollen sie gleichsam stellvertretend für den einzelnen Leser/Hörer/Seher/Internet-User den Entscheidungsträgern mit einer reflexiven Einstellung begegnen und allfällige Zweifel an kommunikativen Geltungsansprüchen öffentlich thematisieren.

Diskursiver Journalismus ähnelt der Rollenwahrnehmung des anwaltschaftlichen Journalismus ebenso wie der des kritischen Kontrolleurs, der auf Missstände hinweist. Im internationalen Vergleich ist dieses Selbstverständnis in vielen demokratisch organisierten Gesellschaften stark entwickelt (Donsbach & Patterson 2003). Beispielsweise betrachten mehr als die Hälfte der deutschen Journalisten (58%) es als ihre berufliche Pflicht, „Kritik an sozialen Missständen“ zu üben (Weischenberg/Malik/Scholl 2006: 106). In Österreich stimmen dreiviertel (75%) der Journalisten dieser Haltung zu (Kaltenbrunner et al. 2008), und auch in den USA wird die Rolle der Medien als „watchdog“ hoch respektiert: 71% der Journalisten sehen es in ihrer Verantwortung, „to investigate claims and statements made by the government“ (Weaver et al. 2007: 140 f.).

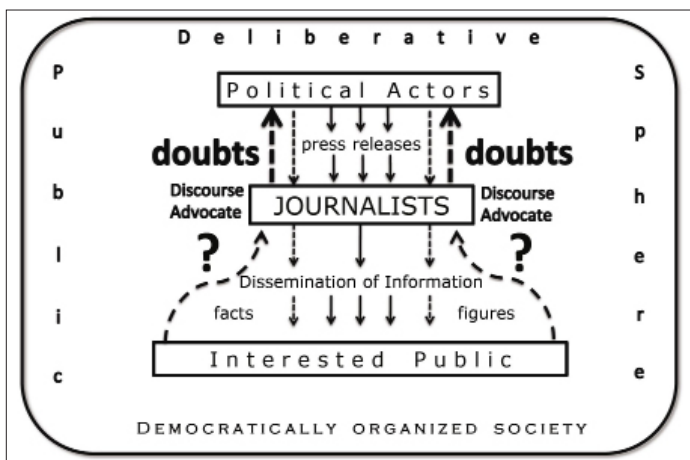


Abb. 1: Journalisten als Diskursanwälte – entnommen aus: Burkart/Rußmann 2010

Die Grafik veranschaulicht, wie der öffentliche Kommunikationsprozess in einer demokratisch organisierten Gesellschaft aus einer idealtypischen, diskursethischen Perspektive ablaufen sollte. Zunächst senden die politischen Akteure ihre Botschaften (z.B. via Pressemitteilungen) an die Medien, wo sie von Journalisten an interessierte Teilöffentlichkeiten weiter verbreitet werden. Im Sinne ihrer Rolle als „Diskursanwalt“ hinterfragen sie allerdings kritisch die seitens der politischen Akteure verbreiteten „facts & figures“: Sie bezweifeln potenziell die Wahrheit der gemachten Behauptungen, die Wahrhaftigkeit der geäußerten Absichten und die Legitimität der vertretenen Interessen<sup>5</sup>. Indem sie das tun, handeln sie – wie oben erwähnt – als „Wortführer der sprachlosen Massen“, die kaum jemals in die Lage kommen, den politischen Akteuren Fragen zu stellen.

### ***3.2. Begründungen, Lösungsvorschläge und Respekt***

Berichterstattung ist vielfach Konfliktberichterstattung. In der Regel wollen verschiedene politische Akteure die Bürger von der Wichtigkeit ihrer Themen und der Richtigkeit ihrer Positionen überzeugen. Aus der empirischen Analyse von Parlamentsdebatten ist bekannt, dass beim Zustandekommen von Einigung in strittigen Fragen den Begründungen ein herausragender Stellenwert zugewiesen werden konnte (Spörndli 2004). Positionen und/oder Entscheidungen „durch Begründungen legitimieren“ (Kuhlmann 1999: 16) – dies entspricht den demokratisch-normativen Wunschvorstellungen und lässt sich ebenso aus der Habermas'schen Auffassung von Kommunikation ableiten. Wenn Journalismus den Verständigungsprozess zwischen Politikern und Bürgern ermöglichen soll, dann liegt auf der Hand, dass ein zentrales Qualitätsmerkmal verständigungsorientierter journalistischer Berichterstattung auch im Vorhandensein von Begründungen für gesetzte (so wie angekündigte) Handlungen und/oder geäußerte Positionen zu sehen ist.

Kennzeichnend für Konfliktkommunikation ist das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Interessen. Damit geraten auch unterschiedliche Möglichkeiten zur Lösung der jeweils diskutierten Probleme in den Blick. Übertragen auf den in den Medien veröffentlichten politischen Diskurs heißt dies zunächst, dass auch hier verschiedene politische Akteure mit unterschiedlichen Vorschlägen zur jeweiligen Konfliktlösung zu Wort kommen sollen. Dieser längst „klassische“ Anspruch an die Forumsfunktion der Medien (vgl. Ronneberger 1974) ist ja bereits zentraler Bestandteil von Programmaufträgen diverser öffentlich-rechtlich organisierter Rundfunkanstalten, er hat aber auch in der Berichterstattung von Printmedien reale Entsprechungen (vgl. Gerhards et al. 1998).

Demokratie bedeutet schließlich immer auch Achtung gegenüber dem Anderen. Abermals lässt sich anhand der Analysen von Parlamentsdebatten zeigen, dass sich ohne gegenseitigen Respekt kein rationaler Diskurs entwickeln kann, „da solche Feindseligkeiten die eigentliche Argumentation überlagern und die Suche nach dem besseren Argument (...) verunmöglichen“ (Spörndli 2004: 31). Gegenseitiger Respekt ist definitiv ein Faktor, der sich auf die Einigungswahrscheinlichkeit auswirkt (ebd.: 146).

#### **4. Fazit: Eine Kommunikationsethik für journalistisches Handeln**

Welche konkreten Ansprüche sind nun an journalistisches Handeln in demokratisch organisierten Gesellschaften zu stellen? Anstelle einer wiederholenden Zusammenfassung seien abschließend vier (oder je nach Lesart: sechs) kommunikationsethische Gebote für verständigungsorientiertes journalistisches Handeln formuliert:

1. Pflege eine kritische Zweifelkultur. Überlege vor allem, ob Du
  - Aussagen für wahr
  - Absichten für wahrhaftig und
  - Interessen für legitim halten kannst.
2. Frage dich, ob für die vertretenen Positionen auch angemessene Begründungen vorliegen.
3. Suche bei strittigen Themen nach Lösungsvorschlägen (möglichst aller Beteiligten).
4. Verhalte dich deinen Kommunikationspartnern gegenüber respektvoll.

Ao. Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Roland Burkart  
Universität Wien,  
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft  
Währinger Strasse 29  
A-1090 Wien

E-Mail: [roland.burkart@univie.ac.at](mailto:roland.burkart@univie.ac.at)

Website: <http://publizistik.univie.ac.at/institut/ma/burkart/>

## Literatur

Brosda, Carsten (2008): Diskursiver Journalismus. Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang. Wiesbaden: VS-Verlag.

Burkart, Roland (1998): Von verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit zum diskursiven Journalismus. In: Duchkowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz/Hömborg, Walter/Kutsch, Arnulf/Neverla, Irene (Hrsg.): Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Festschrift für Wolfgang R. Langenbucher zum 60. Geburtstag. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 163–172.

Burkart, Roland/Rußmann, Uta (2010): Journalism, Democracy and the Role of Doubts: An Analysis of Political Campaign Communication in Austria. In: Studies in Communication Sciences (SComS) 1/2010: 11–27.

Donsbach, Wolfgang/Patterson, Thomas E. (2003). Journalisten in der politischen Kommunikation: Professionelle Orientierungen von Nachrichtenredakteuren im internationalen Vergleich. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.). Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 281–304.

Gerhards, Jürgen (2003): Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. Die öffentliche Debatte über Abtreibungen in den USA und in der Bundesrepublik im Vergleich. In: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis. Opladen: Leske und Budrich: 299–324.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998): Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel des Abtreibungsdiskurses in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Glötz, Peter/Langenbucher, Wolfgang R. (1969): Der missachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse. Köln: Kiepenheuer & Witsch. Nachdruck, hrsg. v. Hans Wagner und Detlef Schröter (1993): Ex Libris Kommunikation. Klassische Texte über Medien und Kommunikation. Band 1. München: R. Fischer.



Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns (2 Bde). Frankfurt am Main: Suhrkamp .

Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Imhof, Kurt (2006): Mediengesellschaft und Medialisierung. In: Medien & Kommunikationswissenschaft 2/2006: 191–215.

Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2.Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.

Kaltenbrunner, Andreas/Karmasin, Matthias/Kraus, Daniela/Zimmermann, Astrid (Hg.) (2008): Der Journalisten-Report II. Österreichs Medienmacher und ihre Motive. Eine repräsentative Befragung. Wien: Facultas wuv.

Kuhlmann, Christoph (1999): Die öffentliche Begründung politischen Handelns. Zur Argumentationsrationalität in der politischen Massenkommunikation. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Saxer, Ulrich (2012): Mediengesellschaft. Eine kommunikationssoziologische Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.

Schönbach, Klaus (2002): Politische Kommunikation – Publizistik- und kommunikationswissenschaftliche Perspektiven. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 114–137.

Spörndli, Markus (2004): Diskurs und Entscheidung. Eine empirische Analyse kommunikativen Handelns im deutschen Vermittlungsausschuss. Wiesbaden: VS-Verlag.

Weaver, David et al. (2007): The American Journalist in the 21st Century. U.S. News People at the Dawn of the Millennium. Erlbaum: Mahwah.

Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. UVK: Konstanz.

- 1 Projekt „Die Qualität öffentlicher politischer Diskurse in der österreichischen Wahlkampfkommunikation 1966–2008“, unterstützt vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF / P20147). Projektbeschreibung und Publikationen siehe unter <http://publizistik.univie.ac.at/institut/ma/burkart/forschung/qpd/>.
- 2 Habermas spricht auch von „drei Welten“ (1981/I: 149), die Kommunikatoren mit ihren Äußerungen betreten. Er unterscheidet die „objektive Welt“ der Gegenstände, über die wahre Aussagen möglich sind, die „subjektive Welt“ der Empfindungen und Erlebnisse, die nur dem Kommunikator selbst zugänglich ist und die „soziale Welt“ der auf Wert- und Normenbasis legitim geregelten interpersonalen Beziehungen.
- 3 Zur Differenzierung von Diskurstypen vgl. Habermas 1981/I: 48ff.
- 4 Diese von mir (Burkart 1998) entwickelte Idee eines „diskursiven Journalismus“ ist inzwischen von Brosda (2008) extensiv ausgearbeitet worden.
- 5 Zweifel an der Verständlichkeit von Äußerungen konnten empirisch bislang kaum festgestellt werden.